

Wie wollen Sie das finanzieren, Herr Steuerer?

INTERVIEW

Von einem Grundeinkommen bis zu einer U-Bahn durch ganz Vorarlberg – die Visionen der Partei „Wandel“ sind ambitioniert. In Vorarlberg bringt der 53-jährige Konrad Steuerer als Landesvorsitzender das Programm der 2012 in Wien gegründeten Partei unter die Leute.

Eine erste Hürde haben Konrad Steuerer und seine Parteikollegen bereits genommen: Seit vergangener Woche steht fest, dass „Wandel“ sowohl bei der Nationalratswahl wie auch bei der Landtagswahl antreten wird können – die nötigen Unterstützungserklärungen sind bei der Wahlbehörde eingebracht worden. Höchste Zeit also, nachzufragen, was hinter den durchaus radikalen Forderungen der Linkspartei steckt:

Herr Steuerer, Sie sind ja bekanntlich in ihrem Brotberuf Geschäftsführer der Suchtberatungsstelle „Faehre“. Aus ihrer Erfahrung als Sozialarbeiter – wo „krankt“ es denn in unserem Sozialsystem?

Ein großes Problem ist das Antragsstellungssystem. Es gibt Untersuchungen der Armutskonferenz, wonach lediglich nur rund 46 Prozent der Hilfeleistungen in Anspruch genommen werden. Das Antragsstellungsverfahren ist eine Hürde, die oftmals mit Scham zu tun hat. Zudem gibt es zu viel Überwachung, Kontrolle und Sanktionen. Diese Hindernisse müssen wir abbauen. Ein Lösungsvorschlag von uns ist das bedingungslose Grundeinkommen. Alle Menschen wären mit einer Grundversorgung abgedeckt. So müssten keine Anträge mehr gestellt werden.

Sie waren bereits als SPÖ-Parteimandatar in ihrer Heimatgemeinde Bürs politisch aktiv, mittlerweile sind Sie aber nur noch Ersatzmitglied. Warum wollen Sie nicht mehr bei den Sozialdemokraten in der ersten Reihe stehen?

Es gab einfach Diskussionen, bei denen ich das Gefühl hatte, das sind nicht meine Themen. Mir geht's auch nicht um Postenschacherei oder Ranglisten. Ich möchte mich dort einbringen, wo neue Ideen entwickelt werden können, wo Kreativität gefragt ist und vorangeschritten werden kann. All das habe ich bei „Wandel“ erfahren.

Das Programm ihrer Partei ist durchaus ungewöhnlich und radikal. Unter anderem wollen Sie den Bundesrat durch einen Bürgerrat ersetzen. Warum?

Der Bundesrat ist ein zahnloser Tiger. Er kann Gesetze im Grunde genommen nur durchwinken oder kurzzeitig verhindern. Wir wollen den Bundesrat mit Laienpolitikern bestücken. Ähnlich einem Schöffengericht würden Kandidaten zufällig über ein Losverfahren ausgewählt und dann für ein Jahr im Bundesrat sitzen.

Außerdem sollen diese Bürgerräte ein Vorschlagsrecht bekommen. Ist es nicht utopisch zu glauben, dass zufällig ausgewählte Laien die Kompetenz haben, politische Entscheidungen zu treffen?

Die Frage ist, wie man den Begriff der Kompetenz definiert. Wenn ich etwa sage, nur Experten haben die nötige Kompetenz, dann muss ich auch festhalten, dass die jetzigen Politiker keine Experten sind. Auf der Bedürfnisebene ist allerdings jeder Mensch ein Experte. Und selbstverständlich brauchen diese Laienpolitiker Unterstützung. Sie sollen auf ihre Aufgabe gut vorbereitet werden. Das wäre ein gesundes Abbild einer Demokratie.

